

EU-Entwaldungsverordnung im Fokus

CSU-Bundestagskandidat Stephan Stracke besucht Forstbetriebsgemeinschaft.

Oberostendorf Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) besuchte kürzlich die Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Kaufbeuren-Ostallgäu in Oberostendorf und diskutierte unter anderem mit Geschäftsführer Norbert Fischer und Vorstand Karlheinz Sobek über die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), heißt es in einer Mitteilung.

Laut EU-Vorgaben sollen ab 2026 alle Forstbetriebe ihre verkauften Holzmengen mit den Geo-

koordinaten des Grundstücks, der Holzmenge und Holzart sowie dem Produktionszeitraum online auf einem EU-Informationsportal melden und eine Sorgfaltserklärung abgeben. Erst dann dürfe das Holz in Umlauf gebracht werden. Diese Vorgaben sei auf Unverständnis bei der Forstbetriebsgemeinschaft gestoßen. Zwar sei das Ziel – die illegale weltweite Abholzung zu stoppen – durchaus richtig, die Vorgaben würden jedoch die heimische Forst- und Landwirtschaft

vollkommen überfordern, so die Mitteilung.

„Die Verordnung führt nur zu neuen Dokumentationspflichten ohne praktischen Mehrwert für die Wälder, denn bereits heute ist in Deutschland eine illegale Entwaldung durch die bestehende Gesetzeslage nicht möglich“, betonte Fischer. Hinzukomme, dass hierzulande die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder bereits durch zahlreiche Zertifikate streng kontrolliert sei.

Geht es nach Stracke, müsse die Verordnung sofort gestoppt werden. Zumindest sollten für Länder ohne Entwaldungsrisiko die Dokumentationspflichten komplett entfallen.

Dafür sei auch die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Diese habe sich dafür eingesetzt, ein pragmatisches Regelwerk zu schaffen. Die Initiative scheiterte jedoch am Widerstand der Regierungen aus den Mitgliedsländern der EU. (pm)